

## Antrag

der SPD-Fraktion und  
der Fraktion DIE LINKE

### **Auftragsverwaltung für die Bundesfernstraßen erhalten**

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag Brandenburg lehnt eine Infrastrukturgesellschaft des Bundes (Bundesautobahn-/Bundesfernstraßengesellschaft) entschieden ab.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich auf allen Ebenen für die Beibehaltung der Auftragsverwaltung für die Bundesfernstraßen einzusetzen.

#### Begründung:

Die Auftragsverwaltung hat sich bewährt. Der Landesbetrieb Straßenwesen hat in den letzten Jahren den Bau, Betrieb und die Unterhaltung der Bundesfernstraßen zuverlässig erledigt und so den sehr guten Ausbau- und Unterhaltungszustand der betreffenden Straßen ermöglicht. Daher gibt es keinen Grund, die Auftragsverwaltung nicht mehr weiterzuführen.

Die Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung ist ein Paradebeispiel dafür, dass eine Zentralisierung von Aufgaben gerade nicht dazu führt, dass wichtige Verkehrsträger effektiver unterhalten werden. Ein Grund für die Leistungsfähigkeit Deutschlands ist die föderale Struktur unseres Landes, die eine Aufgabenverteilung zwischen den unterschiedlichen staatlichen Ebenen vorsieht. Eine Abkehr von diesem Prinzip braucht gute Argumente, die für die Aufgabe der Unterhaltung der Bundesfernstraßen nicht erkennbar sind.

Klaus Ness  
für die SPD-Fraktion

Ralf Christoffers  
für die Fraktion DIE LINKE